3. Jahrgang / Nr. 180

Einzelnummer 25 Pfg.

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 25 Pf. Durch Austräger 1,50 Mk. für die Woche, 6,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6,10 Mk. für den Monat. Postscheckkonto Nr. 23 885 „Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H.", Breslau. Fernsprech-Anschluß: Ring Nr. 3037.

Dienstag, den 16. August 1921

Anzeigenpreise: Die 8gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 0,40 Mk. auswärts 0,60 Mk. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 0,40 Mk. Reklamen: Die Millimeterzeile, 3gespalten oder deren Raum im Text 3,— Mk.

Der Bankerott der Entente.

(EE.) Paris, 12. August.

Lloyd George ist um 11¾ Uhr nachts London zurückgereist. Man erfährt, daß bei seiner Begegnung mit Bonomi am gestrigen Abend der Vorschlag gemacht wurde, die ganze oberschlesische Angelegenheit der Entscheidung des Völkerbundes vorzubehalten. Italien und Japan würden diesem Vorschlag zustimmen, von Briand wurde er wenig günstig aufgenommen. In französischen politischen Kreisen verweist man auf das geringe Prestige des Völkerbundes, auch würde man mit einem Appell an den Völkerbund die Vereinigten Staaten, die in dieser Institution nicht vertreten sind, verletzen. Deshalb würde man einem Schiedsspruch Amerikas den Vorzug geben.

Es ist kein Zweifel, daß der in Paris abgeschlossene sogenannte Kompromiß, der die Regelung der oberschlesischen Frage auf Grund der Artikel 11 und 12 des Völkerbundsstatuts dem Völkerbund überweist, nur dazu dienen soll, die Tatsache zu verschleiern, daß zwischen den französischen und englischen Imperialisten sich eine Kluft aufgetan hat, die zunächst unüberbrückbar erscheint. Die Interessen der noch eben Verbündeten sind so gegensätzlicher Natur, daß kein Uebereinkommen gefunden werden konnte, das noch einmal die Aufrechterhaltung der „brüderlichen" Beziehungen auch nur für einen gewissen Zeitraum garantiert. Zwar ist der offene Bruch noch nicht da. Aber mit Recht betont das englische Arbeiterblatt, der „Daily Herald":

„Nach außen existiert die Entente noch, aber nichtsdestoweniger ist sie in der Tat tot. Die wirklichen Abweichungen in der Politik der beiden Regierungen sind weit tiefer als irgend welche Schwierigkeiten, die sich über Oberschlesien ergeben haben. Ob sie ihnen gefallen oder nicht, die Staatsmänner würden gut tun, diesen Tatsachen Rechnung zu tragen. Die Vogelstraußpolitik, sich einer klaren Erkenntnis zu entziehen, ist die schlimmste aller Torheiten. Selbst ein Kompromiß in der oberschlesischen Frage wird die Entente nicht retten können. Nichts kann sie retten, nichts kann ein ständiges Zunehmen der Feindseligkeit zwischen England und Frankreich verhindern."

Auch der Völkerbund wird bei seiner geringen Autorität nicht imstande sein, durch eine Scheinlösung in der oberschlesischen Frage die Entente cordiale zu retten. Die französischen Imperialisten, ganz gleich, ob Briand bleibt oder eine noch weiter rechtsgerichtete Regierung folgt, werden keinen Schritt zurückweichen. Sie haben alle Trümpfe in der Hand. Die militärische Macht der Franzosen überwiegt. England ist weltpolitisch gebunden, und auf dem europäischen Festlande ist keine Macht, die Lloyd George gegen Frankreich ausspielen könnte. Frankreich ist rücksichtslos entschlossen, sein Ziel, die ökonomische und militärische Beherrschung Europas, zu verwirklichen. Das zeigen die militärischen Lieferungen an die Randstaaten Sowjetrußlands, von denen wir oft berichteten, deutlich genug, das beweist vor allem das französisch-polnische Geheimabkommen, in dem sich zweifellos Frankreich verpflichtet hat, das oberschlesische Industriegebiet der von Frankreich vollkommen abhängigen polnischen Republik zu überliefern. Auch die englische Presse weist mit aller Deutlichkeit auf die Verpflichtungen Frankreichs aus diesem Geheimabkommen hin. So meldet der „Daily Expreß" aus Paris:

„Briand hat Lloyd George über die militärischen, finanziellen und industriellen Abmachungen Frankreichs mit Polen in Kenntnis gesetzt."

Der „Daily Telegraph" erklärt:

„Es besteht in Anbetracht der Haltung Briands der starke Verdacht, daß infolge eines Meinungsaustausches zwischen den Oberhäuptern Frankreichs und Polens vor einigen Monaten gewisse wirtschaftliche und vielleicht territoriale Verpflichtungen Frankreichs gegenüber Polen bestehen."

Zieht man dazu noch die Kommentare der französischen Blätter, die der Militärpartei nahestehen, in Betracht, die drohen, daß die Entente mit England ein so starkes Hindernis der französischen Politik geworden sei, daß eine Aufgabe des Bündnisses mit England wünschenswert wäre, wenn dieses nicht in der oberschlesischen Frage nachgebe, so wird dadurch die Entschiedenheit des gegenwärtigen Kurses der französischen Politik hinreichend beleuchtet. Zugleich geht aus solchen Aeußerungen klar hervor, daß Briand keineswegs wagen wird, eine Völkerbundsentscheidung anzunehmen, die nicht mit den Absichten der französischen Imperialisten übereinstimmt. Eine solche Entscheidung aber wird England nicht zulassen.

Zwar haben Briand sowohl, als auch Lloyd George die Erklärung abgegeben, sich den Entscheidungen des Völkerbundes zu unterwerfen; aber die in Aussicht genommenen neuen Kommissionen weisen darauf hin, daß man diese Entscheidung für eine nahe Zukunft nicht erwartet, daß vielmehr beide Seiten auf eine Aenderung der gegenwärtigen Machtkonstellation hoffen, die ihnen das Uebergewicht gibt, um die oberschlesische Frage in ihrem Sinne zu entscheiden. Von neuem wird die deutsche Orgesch aufmarschieren, und die Korfantybanden werden mit Unterstützung der Franzosen die Entscheidung mit Waffengewalt zu erzwingen suchen. Die durch den Bankerott der Entente unerledigte oberschlesische Frage wird die **„nationale Einheitsfront"** der deutschen Bourgeoisie hervorrufen, und die **neue deutsche Regierung**, die sich auf diese nationale Einheitsfront stützen wird, wird mit Duldung und mit Unterstützung des englischen Imperialismus zu rüsten beginnen, um das Unheil des Verlustes des oberschlesischen Industriegebietes vom deutschen Kapitalismus abzuwehren. Aus dieser Situation wird sich für den französischen Imperialismus die Möglichkeit ergeben, seine Politik der Sanktionen weiterzuführen, sein langerstrebtes Ziel, die Besetzung des Ruhrgebietes, durchzusetzen.

Die Imperialisten und Nationalisten Europas spielen ein ungeheuer gefährliches Spiel. Der Leidtragende aber bei diesen imperialistischen und nationalistischen Auseinandersetzungen wird das Proletariat sein. Wenn jemals, so hat sich bei dieser Tagung des Obersten Rates der **Bankerott der kapitalistischen Gesellschaft** offenbart. Die kapitalistischen Regierungen sind nicht mehr imstande, die chaotischen Verhältnisse Europas zu regeln. Neue verhängnisvolle Verwicklungen wachsen naturnotwendig aus der ungelösten und von der kapitalistischen Gesellschaft nicht zu lösenden oberschlesischen Frage hervor, wenn das Proletariat sich nicht vorher aufrafft, um nicht nur die Entscheidung der oberschlesischen Frage, sondern die Entscheidung aller ungelösten europäischen Fragen in die Hand zu nehmen.

Die deutschen Proletarier vor allem müssen erkennen, daß für sie wieder eine entscheidende Stunde angebrochen ist. Aus den nationalistischen Wirren, aus der Bedrohung durch den französischen Imperialismus muß sich eine neue und unerhörte Bedrückung und Verelendung ergeben. Wollen die deutschen Proletarier dies schweigend und untätig an sich herankommen lassen? Sie haben jetzt zu wählen zwischen Sklaverei und Freiheit. Sowohl die nationalistische Politik der SPD., wie die pazifistische Politik der USPD. hat Schiffbruch erlitten. **Gerettet werden kann das deutsche Proletariat nur noch durch eine revolutionäre Erhebung.**

An die Arbeiter und Arbeiterinnen aller Länder!

Sowjetrußland ist wie im Jahre 1891 von großen Naturmißgeschicken heimgesucht. Eine von März bis Juni andauernde große Dürre hat in den Wolga-Gouvernements, die bisher 30 Prozent der russischen Getreideernte erzeugten, Hunger und Not hervorgerufen. Es wird sogar für die nächste Aussaat an Samen fehlen. Zwanzig Millionen Menschen sind nicht nur in diesem Jahre, sondern auch im nächsten vom Hungertode bedroht. Dem Hunger werden sich verheerende Krankheiten zugesellen und die geschwächte Bevölkerung dezimieren. Diese Schläge fallen auf Sowjetrußland in dem Augenblick, wo es

durch den siebenjährigen imperialistischen und Bürgerkrieg

zerrüttet und geschwächt dasteht, wo es noch nicht imstande war, weder die nötigen neuen Kräfte der Volkswirtschaft zuzuführen, noch alle Ruinen wegzuräumen.

Sowjetrußland hat für das gesamte Proletariat gekämpft und gelitten.

Die Wunden, aus denen es blutet, sind ihm geschlagen worden im Kampfe des Weltkapitals, nicht nur gegen das russische revolutionäre Proletariat, sondern gegen das Weltproletariat. Die Kapitalisten aller Länder halfen der russischen Bourgeoisie, Rußland zu verwüsten und zu zerstören, nicht nur, um die Profite, die sie aus dem russischen Volke auspreßten, zu retten, sondern um den Staat zu vernichten, der die Fahne der proletarischen Revolution als erster erhoben hat und der die leuchtende Fackel für die aufwachenden proletarischen Massen aller Länder ist. Jetzt suchen die kapitalistischen Staaten und Regierungen den Hunger in Rußland auszunützen, um, besiegt durch die Waffen der Roten Armee und durch den Kampf des europäischen Proletariates gegen einen Ueberfall Rußlands, diesen

Ueberfall von neuem zu organisieren unter der Maske der Mildtätigkeit.

Die kapitalistische Presse erklärt offen und zynisch: Laßt die Volksmassen verhungern, damit sie gegen Sowjetrußland rebellieren.

Die französische imperialistische Regierung sendet Truppen und Munition nach Polen.

um hier die Basis für einen neuen Angriff gegen Sowjetrußland bereitzuhalten, der im Moment beginnen soll, wenn die Not am größten wird. Die französische Diplomatie sucht Rumänien und die baltischen Staaten, sowie die Kleine Entente für diesen verbrecherischen Gedanken zu gewinnen. Die sonst von Humanitätsphrasen übertriefende englische und amerikanische Regierung tun jetzt, als ob sie nichts von der Not des russischen Volkes wüßten. Auf Umwegen aber versprechen sie Sowjetrußland Hilfe, wobei sie schon gleichzeitig andeuten, daß sie dieses Versprechen in die Tat umsetzen werden, wenn Sowjetrußland auf seinem Territorium Schalten und Walten ihrer Organe und des russischen bürgerlichen konterrevolutionären Bürgertums zulassen wird. Das bedeutet: Sie wollen, daß

die russische Arbeiterklasse dem Weltkapital erlaubt, die Konterrevolution auf dem Boden Rußlands zu organisieren

oder daß sie die Bedingungen ablehnt, auf das Brot verzichtet und die hungernden Massen gegen sich aufbringt.

Proletarier und Proletarierinnen der ganzen Welt!

Vergeßt nicht, daß das Blut der russischen Arbeiter und Bauern für euch geflossen ist. Vergeßt nicht den Hunger, den drei Jahre lang die russischen Volksmassen für die gemeinsame Sache des Weltproletariats gelitten haben. Vergeßt nicht, daß die konterrevolutionären Anschläge gegen Sowjetrußland Anschläge gegen euch sind.

Durchkreuzt die Pläne des Weltkapitals!

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale fordert die kommunistischen Parteien, die Roten Gewerkschaften und Genossenschaften und alle ehrlichen Proletarier auf, den bürgerlichen Regierungen die Ueberzeugung beizubringen, daß sie den Vorbereitungen der kapitalistischen Regierungen zu einem neuen Kriege gegen Rußland nicht ruhig zusehen würden und nicht gestatten, daß diese Regierungen irgendwelche Bedingungen bei der Hilfeleistung für Sowjetrußland stellen. Die Sowjetregierung hat ungeachtet aller parteipolitischen Erwägungen bereits die Hilfe der anständigen bürgerlichen Kreise gewonnen, deren Gewissenhaftigkeit und Menschlichkeit für sie selbst sprach. Dies beweist, daß die Sowjetregierung und alle anständigen Elemente in Rußland in der Bekämpfung der Hungersnot zusammenarbeiten. In dieser Frage handelt es sich nicht nur darum, die Absichten der Gegenrevolution zu verhindern, sondern

das internationale Proletariat muß den russischen Volksmassen jede mögliche Hilfe erweisen.

Wir wissen, daß ihr selbst keinen Ueberfluß an Brot habt, aber wir wissen auch, daß jedesmal, wenn eine Arbeiterfamilie vom Mißgeschick betroffen wird, der ärmste Arbeiter hilfsbereiter ist als der Reiche, der auf Kosten der arbeitenden Klasse ein gnädiger Philantrop ist. Wir appellieren an alle kommunistischen Parteien und Roten Gewerkschaften, sowie an alle Arbeiterorganisationen und Parteien, die wünschen, dem russischen Volke zu helfen, das Hilfswerk sofort zu beginnen. Die Zeit ist gekommen, um zu beweisen, bei wem die

internationale proletarische Solidarität

nur Worte sind und bei wem sie Wahrheit und Tat sind. Jede Waggonladung Brot, die von den Arbeiterorganisationen in die notleidenden Gebiete geschafft wird, wird die Entschlossenheit der russischen Arbeiter in dem Kampfe gegen den Hunger stärken und wird den leidenden Massen Rußlands beweisen, daß sie in ihrem harten Kampfe gegen die kapitalistische Welt nicht allein sind, die aus ihrem Sterben Nutzen zu ziehen sucht, sondern daß das internationale Proletariat eine Familie bildet, die jederzeit allen ihren Mitgliedern beisteht. Fördert das Hilfswerk für die von der Hungersnot betroffenen Gebiete Sowjetrußlands!

Es lebe die internationale Solidarität des Proletariats! Es lebe Sowjetrußland!

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale:

Bell (England), Baldwin (Amerika), Heckert (Deutschland), Souvarine (Frankreich), Hampel (Tschechoslowakei), Terracini, Gennari (Italien), Sinowjew, Bucharin, Trotzki, Lenin, Radek (Rußland), Schumsky (Ukraine), Glinsky (Polen), Popow (Bulgarien), Markowitsch (Jugoslawien), Scheflo (Norwegen), Merino Gracia (Spanien), Sirola (Finnland), Jensen (Holland), Van Overstracten (Belgien), Killbohm (Schweden), Boduleseu (Rumänien), Stutschka (Lettland), Arnold (Schweiz), Koritschoner (Oesterreich), Béla Kun (Ungarn) und das Exekutivkomitee der Kommunistischen Jugendinternationale.

An die Parteigenossen!

Zentrale und Zentralausschuß berufen den diesjährigen

Parteitag

auf Montag, den 22. August, morgens 9 Uhr nach Jena, (Volkshaus) ein.

Die vorläufige Tagesordnung lautet:

1. **Bericht vom 3. Kongreß der Kommunistischen Internationale.**
   Berichterstatter: Fritz Heckert, Hertha Sturm.
2. **Bericht der Zentrale.**
   a) Politischer Bericht: Berichterstatter Ernst Meyer.
   b) Geschäftsbericht: Berichterstatter Wilhelm Pieck.
   c) Bericht der Revisionskommission.
3. **Die nächsten Aufgaben der Partei.**
   (Steuerfrage, wirtschaftliche Kämpfe) Referent: Walter Stoecker.
4. **Die Lage Sowjetrußlands und die Hilfsaktion.**
   Referent: Ernst Friesland.
5. **Anträge.**
6. **Neuwahlen.**

Anträge der Organisationen sind sofort an die Zentrale einzureichen. Die Organisationsleitungen haben die Namen und Adressen der gewählten Delegierten und sonstigen Parteitagsteilnehmer sofort der Zentrale und dem Lokalkomitee des Parteitages:

August Creutzburg, Jena, Lutherplatz 7

mitzuteilen. Die Mandate der Parteitagsdelegierten sind von den Bezirksleitungen auszustellen.

Zur Teilnahme mit beratender Stimme sind berechtigt: Die Mitglieder der Zentrale und des Zentralausschusses, die Revisionskommission, der Vorstand der Reichstagsfraktion, die Parteitagsreferenten, die ersten Bezirkssekretäre, drei Vertreter der Jugendzentrale und die geladenen Gäste.

Die Delegierten und Teilnehmer des Parteitages haben sich am Sonntag, den 21. August, in Jena einzufinden und sich beim Lokalkomitee wegen der Wohnungsanweisung und der Empfangnahme der Delegierten- oder Teilnehmerkarte zu melden. Wünsche wegen Wohnungsbeschaffung sind sofort dem Lokalkomitee mitzuteilen.

Pressekarten werden von der Zentrale der VKPD., Berlin C. 54, Rosenthaler Str. 38, ausgegeben.

Berlin, den 10. August 1921.

Zentrale und Zentralausschuß der VKPD.

Politische Uebersicht.

Galgenfrist für das Kabinett Wirth.

Truppenverstärkungen für Oberschlesien beschlossen.

Die Entscheidung der oberschlesischen Frage ist vom Obersten Rat an den Völkerbund überwiesen, d. h. vertagt und damit Oberschlesien dem Streit der imperialistischen Mächte weiter preisgegeben. Es ist auffallend, mit welcher Gelassenheit die deutsche Bourgeoisie dies Ergebnis der Sitzung des Obersten Rates hinnimmt, nachdem sie in ihrer Presse von dem Verbleib ganz Oberschlesiens bei Deutschland Leben und Sterben Deutschlands abhängig gemacht hatte. Die Regierung läßt mitteilen, daß sie noch nicht in der Lage sei, endgültig Stellung zu nehmen, daß sie den Aufschub der Entscheidung „außerordentlich bedauert, jedoch dem Völkerbundsrat volles Vertrauen entgegenbringt". Im Völkerbundsrat hat nämlich England mit Hilfe der Dominions die Oberhand. Die Entscheidung des Obersten Rates läßt somit der deutschen Bourgeoisie einige Hoffnung und wird von ihr und auch von der Regierung selbst als Gewährung einer Galgenfrist für das Kabinett Wirth aufgefaßt.

Die imperialistischen Mächte bereiten sich zu neuer Auseinandersetzung um Oberschlesien vor. In der gestrigen Sitzung des Obersten Rates wurde beschlossen, die interalliierten Truppen in Oberschlesien zu verstärken. Die Verstärkung soll zu gleichen Teilen von England, Italien und Frankreich gestellt werden, auch ein Erfolg Englands, das mit Hilfe der italienischen Truppen die Uebermacht gewinnt. Ueber die Stärke und den Termin der Sendungen wurde noch kein Beschluß gefaßt.

(DE.) Paris, 12. August.

Die heutige Sitzung des Obersten Rates nahm folgenden Verlauf: Briand eröffnete die Sitzung mit der Erklärung, es bestehe ein grundlegender Widerspruch zwischen der französischen und der englischen Auffassung über die Teilung Oberschlesiens. Erschlug die Ueberweisung dieser Streitfrage gemäß Art. 11, § 2 der Völkerbundsakte an den Völkerbund vor. Hierauf nahm Lloyd George das Wort. Er stimmte dem Vorschlage Briands zu und fügte hinzu, daß die italienische und die englische Delegation gestern abend eingeriten hätten, daß dies die beste Lösung zur Schlichtung dieser Streitfrage sei. Man müsse hervorheben, daß Großbritannien den französischen Standpunkt bekämpfe und dabei nicht allein stehe. Es ist selbstverständlich, daß wir ohne Vorbehalt die Entscheidung des Völkerbundes annehmen werden. Man wird den Völkerbund ersuchen, sofort das Problem vorzunehmen. Der Völkerbund wird die Freiheit haben, jenes Verfahren zu wählen, daß er für gut befindet, sei es, daß er zur Einsetzung eines internationalen Gerichtshofes schreitet, sei es, daß er beschließt, eine Kommission von Sachverständigen zu bestimmen, die internationale Autorität besitzt. Wir müssen uns gleichzeitig über die örtlichen Verhältnisse in Oberschlesien klar werden. Sobald wir erkennen werden, daß die interalliierten Truppen einer Verstärkung bedürfen, wird sich England an der Entsendung von Truppen im gleichen Verhältnis wie die anderen Mächte beteiligen.

Die italienischen Sachverständigen beschlossen, sich dem englischen Standpunkte anzuschließen. Italien ist bereit, Truppenverstärkungen abzusenden, bevor noch der Völkerbund seine Entscheidung über Oberschlesien gefällt habe.

Für Japan erklärte der Vertreter Sakatchi, grundsätzlich sei zuzugeben, daß die zentralen Industriegebiete Oberschlesiens Deutschland zufallen sollten. Der amerikanische Vertreter, Botschafter Harvey, erklärte, die Vereinigten Staaten seien vom ersten Anfang an der Auffassung gewesen, daß die oberschlesische Frage ausschließlich europäischen Charakter trage. Nachdem die Angelegenheit nunmehr dem Völkerbunde überwiesen sei, in dem die Vereinigten Staaten nicht vertreten sind, glaube er, den Gedanken seiner Regierung wiederzugeben, wenn er bereits jetzt ankündige, daß sich die Vereinigten Staaten an den Beratungen über diese Angelegenheit nicht beteiligen würden.

Die Unternehmer wollen von Lohnerhöhungen nichts wissen.

Als Antwort auf die im ganzen Reiche sich anbahnende Lohnbewegung und die Forderungen des ADGB., der die Notwendigkeit für die Arbeiter feststellte, in Anbetracht der sprunghaft steigenden Preise Lohnforderungen zu stellen, erläßt die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände eine Erklärung, in der die Unternehmer ihren Willen kundtun, nicht nur allen Lohnforderungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten den äußersten Widerstand entgegenzusetzen, sondern noch dazu durch Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und Verminderung der Arbeiterrechte die Kriegskosten und obendrein ihren Profit aus dem durch Preissteigerung und Steuerlasten ausgeraubten Proletariat herauszuschinden. Die Erklärung lautet:

Auf Grund eingehender Verhandlungen im Großen Ausschuß der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeber-Verbände am 10. d. M. hat der Tarifausschuß der Vereinigung sich mit dieser Erklärung und den Forderungen der Arbeitnehmer auf Lohn- und Gehaltserhöhung beschäftigt und die mit unverantwortlicher Uebertreibung der Dinge in der Oeffentlichkeit geführte Agitation sowie die darin zum Ausdruck gebrachten Forderungen als durch die Verhältnisse nicht gerechtfertigt erklärt.

Es ist nicht richtig, daß die bevorstehende Brotpreiserhöhung eine solche Verteuerung der Lebenshaltung bringt, daß bestehende Lohnvereinbarungen gebrochen werden müßten, zumal die Arbeitgeber ihrerseits darauf verzichtet haben, in Zeiten sinkender Lebenshaltungskosten eine Herabsetzung der Löhne zu verlangen und die bestehenden Lohntarife zum erheblichen Teil unter Berücksichtigung noch höherer Lebenshaltungskosten (Januar 1921) vereinbart sind.

Es ist auch nicht richtig, daß das Anziehen der sonstigen Kosten der Lebenshaltung ein solches Ausmaß angenommen hat, daß sich die sofortige Kündigung der Tarife und die neuen Forderungen auf Lohn- und Gehaltserhöhung damit rechtfertigen lassen.

Eine lediglich auf die Kosten der Lebenshaltung abgestellte Lohnpolitik kann die deutsche Volkswirtschaft nach Annahme des Ultimatums nicht mehr verantworten. Wenn bei Erneuerung von Tarifverträgen die Verhältnisse eine Revision der Lohnsätze rechtfertigen sollen, muß vor allem auch die ernste Lage unserer Wirtschaft, wie sie sich unter dem Druck des Ultimatums gestaltet hat und noch weiter gestalten wird, berücksichtigt werden. Dabei bedarf es der in den weiten Kreisen der Oeffentlichkeit und nicht zuletzt der Arbeiterschaft noch fehlenden Einsicht, daß der durch das Ultimatum der Entente auf der deutschen Wirtschaft lastende Druck auch die vor dem Kriege möglich gewesene allgemeine Lebenshaltung des deutschen Volkes herabdrückt und daß ohne eine Steigerung der Arbeitsleistung eine Hebung der heutigen Lebenshaltung für den einzelnen und für die Gesamtheit nicht zu erwarten ist.

Die deutsche Volkswirtschaft wird deshalb in Zukunft höhere Aufwendungen für die Entlohnung nur dann machen können, wenn gleichzeitig eine Steigerung der Arbeitsleistung erfolgt und zu diesem Zwecke auch die Tarif- und Lohnpolitik von allen produktionshemmenden Bestimmungen freigemacht wird.

Das Stichwort von der „Erfüllung des Ultimatums" haben den Unternehmern die mehrheitssozialistischen Führer geliefert. Dieselben Führer sind heute gezwungen, für die Lohnforderungen der Arbeiter Partei zu nehmen.

Die Regierung Wirth hat sich noch stets als willfährige Dienerin des Kapitals erwiesen. So wie sie gegen den Widerstand der Kapitalisten keine Besitzsteuern aufzuerlegen wagt, so wird sie auch nicht wagen, ihnen Lohnerhöhungen für die Arbeiter und Angestellten abzuzwingen.

Die klare und geschlossene Kampfansage der Unternehmer muß durch einen ebenso entschlossenen Aufmarsch der Arbeiterklasse zum Kampf beantwortet werden.

Agrarischer Lieferungsstreik als Steuerabwehrkampf.

Die deutschen Junker sind von jeher steuerscheu gewesen. Sie betrachten den Staat zwar immer als ihre ureigenste Ausbeutungsdomäne, weigern sich aber stets konsequent, zu den Lasten dieses Staates irgend etwas beizutragen. Obwohl die Regierung Wirth trotz allen Drängens ihrer rechtssozialistischen Mitglieder noch gar keine Lust zeigt, auch nur den Versuch einer Besteuerung des großen industriellen und agrarischen Kapitals zu wagen, genügt dem Junkertum schon die bloße Scheingrätschpolitik der SPD., um den Abwehrkampf des Agrarkapitals gegen etwaige Steuerpläne der Reichsregierung in großzügigster Weise vorzubereiten. Die Junker sind fest entschlossen, ihr bisheriges Steuerprivileg mit Zähnen und mit Klauen zu verteidigen. Und sie verstehen es meisterhaft, die Kleinbauern vor ihren schmutzigen Interessenwagen zu spannen. Der Reichslandbund hat, wie der demokratische Zeitungsdienst meldet, dieser Tage an seine angeschlossenen Organisationen ein Rundschreiben gesandt, daß die Landwirte zur Abwehr der neuen Reichssteuerpläne zu einem Lieferungsstreik aufruft und zugleich die detaillierten organisatorischen Vorbereitungsmaßnahmen zu dessen wirksamer Durchführung enthält. Es heißt u. a. darin:

„Der Streik erstreckt sich grundsätzlich auf alle landwirtschaftlichen Produkte. Am wirksamsten ist der Milchstreik, der vom ersten Tage restlos erzwungen werden muß. In jedem Kreise besteht eine Streikleitung aus vier Personen, in jedem Bezirk ein Streikausschuß aus zwei angesehenen Landwirten, denen eine Kontrollkommission (vier handfeste, energische Männer) beizugeben ist, die die Durchführung erzwingen. In jedem Orte Streikobmann mit Streikpostentrupp, der die Durchführung kontrolliert und nötigenfalls erzwingt. . . . Jeder Kreis ist von Streikposten abzusperren. Keinerlei landwirtschaftliche Erzeugnisse herauslassen. Bahnhöfe absperren gegen jede Lieferung aus Kreis. Zugkontrolle auf Durchgangsstation. Wagen mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen anhalten. Bewachung und Absperrung von Lagerhäusern, Mühlen und Produktenlagern. Arbeitskräfte im Kreis zunächst absperren, bis ihre Seelsorgerin mit Landwirtschaft geführt. Dann reichliche Belieferung an ein zuverlässiges Komitee in der Stadt. Wenn Landarbeiter Streik jubelieren, Zuweisung von Hilfe durch die Streikleitung. Soweit möglich, muß Besitzer in kritischer Zeit zwei Lohnraten flüssig halten. Bei längerer Streikdauer Lohnzahlung in Naturalien (reichlich). Vorteilhafte Abschlüsse bzw. Lieferungen, um den Landwirt für den während des Streiks entgangenen Verdienst zu entschädigen. Vorheriges Ausbrechen einzelner durch Zwang verhindern."

Das ist eine unverhüllte Kampfansage nicht nur an die Regierung Wirth, sondern an das gesamte Proletariat. Das ist eine planvolle Aushungerungsblockade gegen die städtischen Arbeiter. Dieselben Patrioten, die heute noch die Hungerblockade der Entente gegen Deutschland während des Krieges als unsittlich verdammen, als wirksamste Walze ihres nationalen Entrüstungsrepertoires herunterleiern, sind entschlossen, lediglich aus notorischer Steuerscheu Millionen von proletarischen Kindern durch ihren Milchstreik unbarmherzig auf den Friedhof zu bringen. Sie wollen die städtische Bevölkerung durch Hunger zur Kapitulation vor ihrer nackten Geldgier zwingen. Weiter ist ihr unverhülltes Bekenntnis zum brutalsten Terror die beste Illustration für ihre grenzenlose Heuchelei gegenüber dem „Streikterrorismus" der Arbeiter, die, um nicht zu verhungern, immer wieder zum Mittel des Streikes zu greifen gezwungen sind. Bemerkenswert ist ferner die Anweisung der „reichlichen Belieferung" der kapitalistischen Gesellschaftskreise, die durch die Blutschande der Steuerbetraudation mit den Agrariern verbunden sind. Den Gipfel des Zynismus übersteigt aber die agrarische Frechheit und Selbstsucht in dem Schlußsatz unseres Zitats, wo mit dürren Worten gesagt wird, daß den Ausgehungerten durch diktatorisch hinaufgeschraubte Preise auch noch die Kriegskosten für ihren frivol heraufbeschworenen Steuerkrieg tragen sollen.

Was sagt der sozialdemokratische Reichspräsident Fritz Ebert zu diesem fein organisierten Massenmordplan am deutschen Volke? Als im November vorigen Jahres die Berliner Elektrizitätsarbeiter aus triftigen wirtschaftlichen Gründen in den Streik treten mußten, war er als getreuer Agent der Bourgeoisie sofort mit einer fulminanten Zwangsverordnung gegen sie auf Grund des unbezahlbaren Artikels 48 Absatz II der gefeierten deutschen Reichsverfassung zur Hand, um die Arbeiter niederzuzwingen. Bei den Agrariern handelt es sich aber nicht um Sein oder Nichtsein, wie bei den Elektrizitätsarbeitern, sondern um eine teuflische Ausgeburt ihrer grenzenlosen Hab- und Selbstsucht. So wie wir Fritz Ebert kennen, sind wir jedoch schon heute fest überzeugt, daß er gegen die Junker nicht mit solchen Zwangswaffen vorgehen wird.

Die deutsche Arbeiterklasse aber möge aus dieser Kampfandrohung des Agrarkapitals lernen, die notwendigen Folgerungen zu ziehen. Sie muß genau so rücksichtslos wie das Agrar- und Industriekapital gegen seine weitere Verelendung durch den beabsichtigten Steuerraub mit allen zu Gebote stehenden Mitteln ankämpfen. Denn bei ihm handelt es sich nicht wie bei den Agrariern um die Wegsteuerung seines Ueberflusses, sondern um die brutale Wegnahme seines letzten Stückchen Brots. Die agrarische Kampfansage ist aber zugleich auch eine klatschende Antwort auf das sanfte demokratische Geflöte der führenden Leute in der SPD. und des ADGB. Wollen die Arbeiter diese ruhig einstecken? Nein, sie dürfen und können es nicht! Sie müssen geschlossen den Kampf gegen die agrarische Konterrevolution aufnehmen und ihn entschlossen durchführen bis zum Siege des Proletariats. Ihr Wille zum Leben zwingt sie dazu!

Die Großbauern wollen die Getreideumlage nicht abliefern.

Einem bürgerlichen Blatt wird aus Augsburg gedrahtet:

„In verschiedenen bayerischen Kreisen, besonders in Niederbayern, scheint die Landbevölkerung vom Wuchergeiz in ausgedehntem Maße erfaßt zu sein. Die minderbemittelte Bevölkerung ist darüber in große Erbitterung geraten. Die Bauern spekulieren in wilder Art und Weise, wodurch die Getreidepreise sprunghaft in die Höhe gegangen sind, so daß der Preisabstand zwischen Pflichtgetreide und freiem Getreide bereits 100 Prozent übersteigt. Dies hat die Landwirte veranlaßt, sich der Pflichtablieferung zum festgesetzten Preis in hartnäckiger Weise zu widersetzen. Ein solches Vorgehen wird angesichts der in Aussicht stehenden, sehr erheblichen Brotteuerung zu energischen Maßnahmen bei den minderbemittelten Kreisen führen. Die Stimmung gegen die Landwirte hat sich schon jetzt aufs höchste verschärft.

Was wir Kommunisten voraussagten, tritt bereits ein: Die Bauern werden versuchen, ihr ganzes Getreide im freien Handel zu verkaufen und so die Umlage zu umgehen. Das rationierte Brot wird knapp werden, das frei erhältliche aber noch mehr im Preise steigen, als vorausgesehen. Dagegen werden auch die guten Ermahnungen des Reichsernährungsministers nichts helfen, der, zur Beruhigung der arbeitenden Bevölkerung, den Landwirten sagt:

„Es sollte daher jeder Landwirt dieses Ziel der völligen Befreiung von behördlicher Einwirkung und Ueberwachung möglichst schnell durch Ablieferung seines Umlagegetreides zu erreichen suchen und sich insbesondere auch nicht durch die augenblicklich hohen, für Weizen ungesund hohen Preise auf dem freien Markte verleiten lassen, etwa zuviel Getreide auf den Markt zu werfen und dadurch die Möglichkeit, seine Umlage zu erfüllen, zu gefährden."

Es versteht sich, daß der Zwang, die Umlage zu erfüllen, nur für die Kleinbauern bestehen wird, während die Großbauern und Junker sich ihm entziehen werden. Auf das städtische Proletariat, die Landarbeiter und die Arbeitsbauern wird die ganze Last der Getreidepreisverteuerung und ihrer Ergänzung, des famosen „Umlageverfahrens" fallen. Sie können sich dagegen nur schützen, wenn sie selbst die Kontrolle über den Anbau und die Verteilung des Getreides in die Hand nehmen.

Neue Lohnkämpfe im Reich.

Die Arbeiter der Höchster Farbwerke haben eine Forderung auf 100 Prozent Lohnerhöhung, sowie eine Wirtschaftsbeihilfe von 2000 Mark eingereicht.

Der Buchdruckerstreik im Mainzer Gebiet nimmt ununterbrochen noch an Ausdehnung zu.

Auch in Worms geben die bürgerlichen Blätter eine Notzeitung heraus. Auch nach der preußischen Seite hat der Ausstand übergegriffen; dort sind die Städte Biebrich, Ingelheim, sowie ein Teil des Rheingaues von der Bewegung erfaßt. In Alzey, Bingen und Rüsselsheim wurden die Forderungen der Buchdrucker bewilligt.

Die Schreiner des besetzten Gebietes von Koblenz bis Kleve reichten wegen Nichtbewilligung der Lohnerhöhung gemeinsam eine Kündigung des Tarifs ein.

Die Siegerländer Arbeiter einig. Am 8. August fand vor dem Rathause eine große Kundgebung der Arbeiterschaft der drei Metallarbeiterverbände im Siegerlande statt. Nach den Ausführungen des Reichstagsabgeordneten Ziegler wurde eine Entschließung gefaßt, in der mit Aussicht auf die ungesunde Verteuerung der Lebensmittel und der in Aussicht stehenden weiteren Verteuerung aller Bedarfsartikel eine wesentliche Erhöhung der Löhne gefordert wird.

Dißmanns Strategie.

Triumphierend berichtet der „Vorwärts“, daß das endgültige Ergebnis der Metallarbeiterwahlen eine SPD.-Mehrheit ergeben habe. Er bringt folgende Aufstellung:

Bezirk	SPD.	USPD.	KPD.	Parteilos
Berlin	27	50	—	—
Bielefeld	12	3	—	—
Brandenburg	12	6	4	—
Breslau	26	7	5	—
Dresden	42	47	11	—
Erfurt	6	13	11	—
Essen	36	20	12	—
Frankfurt	49	9	10	1
Hagen	16	19	21	—
Halle	24	16	—	—
Hamburg	39	13	—	—
Hannover	20	5	—	—
Köln	26	4	4	—
Nürnberg	16	17	15	—
Stettin	8	3	4	—
Königsberg	1	4	—	—
Stuttgart	49	19	17	—
Summa	410	236	114	1

Was wir vorausgesagt haben, ist also eingetroffen. Dißmann hat es durch seine maßlose Kommunistenhetze fertiggebracht, seine eigenen Parteigenossen zu veranlassen, den SPD.-Führern zur unbedingten Vorherrschaft im Verband zu verhelfen. Praktisch wird zwar an der bisherigen Politik des Verbandes nichts geändert. Der „Vorwärts“ stellt mit großer Freude fest, daß im Oktober 1919 die Unabhängigen eine Mehrheit von 190 Stimmen gegen nur 130 Stimmen der SPD. hatten. Mit Recht nimmt er nun die USP.-Führer, die sich selbst entmannt haben, gar nicht mehr ernst.

Nur eine schmerzliche Tatsache macht dem „Vorwärts“ ernste Beschwerden. 114 Kommunisten werden auf dem Verbandstag erscheinen. Diese beträchtliche Fraktion wurde gewählt, trotzdem die vereinigte SPD. und USP. glaubte, die Kommunisten ganz ausschalten zu können.

Es ist anzunehmen, daß die SPD.-Mehrheit ihren Sieg voll ausnützen wird. Die Kommunisten müssen aber nun erst recht mit allen Kräften an der Revolutionierung des DMV. arbeiten. Schwere Kämpfe stehen dem Proletariat bevor. Die Amsterdamer Führerschaft wird sich schon in der nächsten Zeit vor den Augen des letzten, auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Metallarbeiters demaskieren müssen. Der Ausfall der Wahl kann für die Kommunisten nur ermutigend sein. Wenn die Situation den Kampf gegen das Kapital erfordert und die reaktionären Gewerkschaftsführer versagen, wird sich trotzdem der geistige Einfluß der Kommunisten geltend machen, die Massen werden zur Aktion drängen und die Amsterdamer Führer zur Entscheidung zwingen.

Streik der Berliner Holzarbeiter.

Eine überfüllte Versammlung des Berliner Holzarbeiter-Verbandes nahm Freitag abend zu der Lohnbewegung Stellung. Die Unternehmer haben bekanntlich den Reichsmanteltarif für Groß-Berlin abgelehnt und die geforderte Teuerungszulage von 1 Mark pro Stunde verweigert. Ein Antrag der Berliner Ortsverwaltung bezeichnet den 13. August als Streikbeginn. Bei der Abstimmung bestehen der Hauptvorstand und Berliner Ortsverwaltung gegen den Willen der übergroßen Mehrheit auf eine geheime Abstimmung. Die Versammlung geriet darüber in eine ungeheure Erregung und verlangte, um den Streik schon am 13. früh durchführen zu können, die Abstimmung per Akklamation, um so mehr, als bereits 2000 Berliner Holzarbeiter im Streik stehen. Der Bevollmächtigte Freigang schloß darauf unter ungeheurer Erregung gegen den Willen der Funktionäre die Versammlung.

Die darauf vorgenommene geheime Abstimmung ergab

1346 Stimmen für den Streik und nur 168 Stimmen dagegen.

Damit beginnt ein Kampf der Berliner Holzarbeiter gegen die Brutalität der Holzindustriellen, der für Berlin und das ganze Reich große Auswirkungen haben wird.

Zur Aussperrung in der Braunschweiger Metallindustrie.

Die Arbeiterschaft einiger kleiner Betriebe der Metallindustrie war in den Streik eingetreten wegen Lohnforderungen. Am Freitag, den 5. August, hatte das „sozialistische“ Braunschweiger Ministerium versucht, eine Einigung zwischen den Metallindustriellen und den Metallarbeitern zustande zu bringen. Die Einigungsvorschläge dieses Ministeriums waren aber so ungünstig für die Arbeiterschaft, daß die Metallindustriellen sofort mit Freude sich bereit erklärten, sie anzunehmen. Obwohl die Verbandsbürokraten des DMV. ebenfalls gern darauf eingegangen wären, um den Streik abzuwürgen, gelang es ihnen nicht, die Zustimmung der Arbeiterschaft zu erhalten. Daraufhin antworteten die Braunschweiger Metallindustriellen mit der Aussperrung von 8000 Arbeitern. Am Donnerstag, den 11., fanden unter Leitung des Ministers Steinbrecher neue Verhandlungen statt. Getreu ihrer arbeitsgemeinschaftlichen Politik tat die Gewerkschaftsbürokratie ihr möglichstes, um die Bewegung zu liquidieren. Sie zogen zu den Verhandlungen ganz unwillkürlich Kollegen zu, die ihnen genehm waren, die aber keineswegs das Vertrauen der Arbeiter hatten. Es zeigte sich aber, daß die langen Verhandlungen zwecklos waren, da die Unternehmer keinerlei Zugeständnisse machen wollten.

Wenn es dazu kommen konnte, daß die Treibereien der KAP. und der Allgemeinen Arbeiterunion, die in öffentlichen Versammlungen und Demonstrationen zum Austritt aus den Gewerkschaften, zur Besetzung der Betriebe und zur Ausrufung der Räterepublik aufforderten, die Unterstützung eines Teils der Arbeiterschaft fanden, so ist das zu verstehen, wenn man bedenkt, daß unter der gesamten Arbeiterschaft eine ungeheure Erbitterung gegen die Gewerkschaftsführer herrscht, die durch ihre Geheimpolitik und ihr zweckloses Verhandeln die Kampfkraft der Arbeiterschaft lähmt, anstatt daß sie den Kampf durch Aufruf der gesamten Braunschweiger Arbeiterschaft verstärkt und zum Sieg führt.

Brief eines Landarbeiters.

Die gefährdete Ernte.

Unter dieser Aufschrift bringt der Oekonomierat Schiftan zu Sternberg-Grundhof einen Artikel im „Lokal-Anzeiger“. Herr Schiftan versucht in diesem Artikel nachzuweisen, daß wir dieses Jahr für Wintergetreide, Roggen und Weizen eine Ernte haben unter mittel, Gerste und Hafer fallen stark aus durch die Dürre, Luzerne und Klee sind ausgetrocknet, so daß zu Notverkäufen von Vieh geschritten werden muß. (Deshalb steigt wohl auch der Preis für Fleisch, weil mehr geschlachtet werden muß?) Bei Kartoffeln stehen wir vor einer Katastrophe. Wir haben also, wenn wir den Angaben dieses Herrn glauben wollen, ein schlechtes Erntejahr und die Ernte ist gefährdet. — Wenn man so durch das Land fährt, so sieht man tatsächlich, daß große Strecken Getreide gefährdet sind, da die Herren Großgrundbesitzer es nicht für nötig halten, mehr Arbeitskräfte einzustellen, damit das Getreide zur rechten Zeit unter Dach kommt. Denn lieber lassen sie das Getreide auf dem Felde ausfallen, als daß diese Herren einen auskömmlichen Lohn zahlen. — In den Städten sind tausende von Erwerbslosen, die gerne aufs Land gingen, das Getreide bergen zu helfen, wenn sie die Arbeit so bezahlt bekämen, daß sie davon leben könnten. Aber wie sagt der Junker? Die Arbeiter in der Stadt wollen ja gar nicht arbeiten auf dem Lande. Die lassen lieber das Getreide umkommen als uns zu helfen. Wer hat nun recht? Wie verhält sich die Sache tatsächlich?

Ein arbeitsloser Arbeiter aus der Stadt geht vier Wochen aufs Land, um in der Ernte zu helfen. Er bekommt als Fremdarbeiter nach Tarif 2,30 Mark pro Stunde, das sind bei 10stündiger Arbeitszeit 23 Mark pro Tag. Vier Wochen a 7 Tage gleich 28mal 5 Mar kgleich 140 Mark. Dann zerreißt Davon geht ab die Kost, für welche laut Tarif pro Tag 5 Mark gerechnet wird für ledige Kutscher und Mägde, für Fremdarbeiter wird sie aber nicht für diesen Preis verabfolgt, da er keine Kost zu verlangen hat. Nehmen wir aber trotzdem an, die Kost wird ihm für 5 Mark verabfolgt. Das sind 4 Wochen a 7 Tage gleich 28 mal 5 Mark gleich 140 Mark. Dann zerreißt der Mann in diesen vier Wochen ein Paar Schuhe auf den Stoppeln. Wollen wir nun gutgehaltene gebrauchte Schuhe rechnen zum Preise von 120 Mark. Denn schlecht dürfen sie nicht sein, sonst sind sie in ein paar Tagen schon alle. Ein Paar Hosen und eine Arbeitsbluse geht bei dem Binden und Getreideladen auch kaputt; das sind auch wenig gerechnet 120 Mark. Also Schuhe 120 Mark, Kleidung 120 Mark, Kost 140 Mark, zusammen 380 Mark. Dann kommt die Hin- und Rückfahrt, wollen wir nur 20 Mark rechnen, dazu pro Tag zweimal 2 Flaschen Brause (Bier wollen wir gar nicht rechnen!), je 1 Mark, sind 4 Mark pro Tag, mal 28 gleich 96 gleich 496 Mark in vier Wochen. Bleiben also dem Arbeiter in vier Wochen ganze 56 M. übrig. Dafür ging der erwerbslose Arbeiter von der Stadt aufs Land und half dem Agrarier das Getreide einbringen. Dabei muß der städtische Arbeiter noch folgendes ertragen: 1. geht er durch die ungewohnte Arbeit und Hitze fast drauf, daß er abends totmüde ist, 2. schläft er vier Wochen auf Strohlager, 3. kann er vier Wochen keine anständige Zeitung oder Lektüre lesen, denn so etwas gibt es auf dem Lande nur selten. 4. wird der städtische Arbeiter die ganze Zeit streng beaufsichtigt, damit er nicht etwa den Landarbeiter darüber aufklärt, daß auch er ein Mensch ist und zu verlangen hat, wie ein Mensch zu leben. Ja, da heißt es also hübsch den Mund halten. 5. würde dem Arbeiter auch noch vorgehalten, daß er nicht soviel leistet, als der eingearbeitete Landarbeiter. All das und noch viel anderes hat der städtische Arbeiter zu ertragen und nun kommt er nach vier Wochen zu seiner Familie nach der Stadt zurück und bringt seiner Frau 56 Mark. Davon soll die Familie vier Wochen leben. Ich möchte nun die Herren Junker fragen, würden sie vielleicht unter diesen Umständen und Bedingungen in die Ernte gehen? Sie sagen doch selbst immer: „Wenn wir nur für die Allgemeinheit arbeiten sollen, dann haben wir kein Interesse.“ Die Arbeiter aber sollen Interesse haben, den Junkern den Geldbeutel zu füllen. Sie sollen Interesse haben, in der Ernte die Arbeit ziemlich umsonst zu machen, damit sie euch Junkern dann das Getreide und die notwendigsten Lebensmittel doppelt und dreifach teurer bezahlen müssen.

Nun sollte man meinen, dadurch, daß zu wenig Arbeitskräfte eingestellt werden, hat der Großgrundbesitzer auch Schaden, weil ihm das Getreide ausfällt. Dem ist aber nicht so, denn den Schaden trägt der Konsument. Wir können ruhig annehmen, daß durchschnittlich pro Morgen 2 Zentner Getreide ausfällt, wenn es zu spät eingeerntet wird. Das würden bei 1000 Morgen 2000 Zentner Getreide sein zum Preise von, sagen wir, 200 Mark pro Zentner gleich 400 000 Mark. Würden nun bei diesen 1000 Morgen von Anfang an 10 Arbeiter mehr eingestellt sein, so könnte man diese 400 000 Mark erhalten. Würde nun der Besitzer, um genügend Leute zu bekommen, wollen mal annehmen, pro Stunde 10 Mark bezahlen, 4 Wochen, das würde pro Tag und Mann 100 Mark sein. Bei 10 Mann macht das pro Tag 1000 Mark, 4 Wochen a 6 Arbeitstage 24mal 1000 gleich 24 000 Mark. Mit 24 000 Mark Arbeitslohn könnten für 400 000 Mark Getreide geerntet werden. Wollte ein erwerbsloser Arbeiter aus der Stadt pro Stunde 10 Mark verdienen, so würde der Junker sagen: Du bist verrückt! Krepiere du lieber in der Stadt und ich lasse mein Getreide ausfallen. Nun will ich aber beweisen, daß ein Arbeiter aus der Stadt, wenn er vier Wochen in die Ernte geht, tatsächlich 10 Mark die Stunde verdienen muß, wenn er und seine Familie menschlich leben und sich der Arbeit entsprechend ernähren will. Der Arbeiter muß bei dieser überaus anstrengenden Arbeit auch kräftiges Essen haben, das gibt ihm aber der Agrarier nicht für 5 Mark pro Tag, sondern er muß mindestens 30 Mark bezahlen. Das sind in 28 Tagen mal 30 Mark gleich 840 Mark, dazu Schuhe, Kleider, und was sonst noch dazu gehört, wollen wir pro Tag nur mit 15 Mark rechnen, das ist mal 28 gleich 420 M., also in Summa 1265 Mark. 2400 Mark soll er verdienen, bleibt also 1145 Mark in vier Wochen im höchstgünstigsten Falle. Nun sind aber im Laufe von vier Wochen auch noch einige Regentage, wo der Agrarier diese Arbeiter nicht arbeiten läßt. So geht pro Tag 100 Mark ab. Die Ausgaben aber bleiben, es verringert sich das Verdienst von den 1140 Mark. Würde also der Agrarier dem städtischen Hilfsarbeiter 10 Mark pro Stunde zahlen, was bei 10 Arbeitern für 4 Wochen 24 000 Mark ausmachte, so würde er bei rund 1000 Morgen 376 000 Mark mehr einnehmen. Aber er schreit jetzt lieber in allen Zeitungen: „Die Ernte ist in Gefahr!“ „Getreideausfall infolge der Trockenheit!“, usw., erzielt damit ein Hinaufschnellen des Getreidepreises. Wenn nun infolge des Getreideausfalles 400 000 Mark verloren gehen bei 1000 Morgen, andererseits aber das Getreide jetzt um 50 Mark in die Höhe geht, so ist der Verlust nicht nur gedeckt, sondern der Agrarier hat noch verdient, z. B. 1000 Morgen mit 10 Zentnern Durchschnittsertrag pro Morgen, das sind 10 000 Zentner Getreide. Der Roggen ist mit 110 Mark pro Zentner angesetzt. Nun bekommt er aber für den Zentner 160 Mark, das sind 50 Mark mehr pro Zentner, bei 10 000 Zentnern 500 000 Mark mehr. Er würde durch Nichtbezahlung des Lohnes und Nichteinstellung von genügend Arbeitskräften 400 000 M. verlieren; er gewinnt aber durch seine Wuchertaktik, wenn der Roggen nun auf 160 Mark kommt, 500 000 Mark, also 100 000 Mark mehr. Nun kann aber der Roggen und das andere Getreide noch höher kommen, auf 200 Mark und darüber, so verdient der Agrarier bei jedem Steigen von 10 Mark pro Zentner bei 1000 Morgen 100 000 Mark. Damit könnt ihr Proletarier euch selbst ausrechnen, welche ungeheuren Summen dem Agrarier in die Tasche fließen. Und wer muß das bezahlen? Die unteren Massen der Hand- und Kopfarbeiter.

Nun frage ich Euch, Proletarier aller Parteien, wie lange wollt Ihr diesem Manöver noch zusehen? Wie lange wollt Ihr noch auf die Führer der SPD. und USPD. hören?, welche Euch sagen, durch das Parlament werden wir Euch helfen, mit geistigen Waffen werden wir die Junkergesellschaft schlagen. — Da werdet Ihr wohl bald sehen, wie weit Ihr kommt mit diesen Führern, die Ihr gewählt habt, auf die Ihr Euer Vertrauen gesetzt habt. Und täglich gehen wir mehr dem Elend entgegen, täglich wird Euch gesagt, wir sollen aufbauen, wir Ja, Arbeiter, dann ist es zu spät. Dann habt Ihr nicht mehr die Kraft, die Macht des Kapitalismus zu brechen; sondern dann hat der Kapitalismus über Euch gesiegt mit Hilfe der Sozialverräter. Seht Ihr immer noch nicht ein, daß Ihr irre geführt werdet? Wollt Ihr mit diesen Führern die Regierung unterstützen? Diese Regierung, welche die Agrarier unterstützt, ihnen eine Prämie für das Verderbenlassen des unentbehrlichen Getreides gibt, und hilft, die Preise der Lebensmittel ins Ungeheure zu steigern! Ich sage Euch, Arbeiter und Arbeiterinnen, nehmt den Kampf auf mit dieser reaktionären Gesellschaft! Jetzt ist es noch Zeit, noch ist das Getreide im Lande, noch können wir uns alle sattessen, wenn es richtig verteilt wird. Aber wir müssen geschlossen zusammenstehen. Das können wir aber nicht mit Worten, sondern nur mit Taten. Ihr habt zu wählen, entweder den Kampf aufnehmen, oder langsam zugrunde gehen trotz der reichen Getreideernte!

Es lebe die Solidarität der Schaffenden!

Brot, Teuerung und Revolution.

(Fortsetzung)

Nicht minder radikal als die städtische Bevölkerung verhielten sich die drangsalierten Bauern. Sie empfingen die Steuererheber mit Knüppeln und bestellten auf eigene Faust die Ländereien der Grundherren. Auch bei den Bauern war ja die Teuerung nur äußerer Anlaß. Ihr großes Ziel bildete die Abschaffung der Feudallasten und Zehnten, sowie die Aneignung des Bodens. Und dieses Ziel wurde durch die Revolution erreicht. Einstweilen aber machte man sich vielerorts daran, schon im Juli das grüne Korn auf den Feldern zu schneiden, um dem äußersten Hunger zu begegnen. Inzwischen schaffte die Nationalversammlung zwar die Zehnten im Prinzip ab, in Wahrheit aber sollten sie so lange weiter erhoben werden, bis ein Ersatz für sie gefunden wäre. Was das bedeutete, erkennt man an der Tatsache, daß diese „Zehnten“ oft den vierten Teil aller Ernteerträge ausmachten. Erst 1791 wurden die Bauern von dieser Last befreit.

Am schlimmsten blieb die Teuerung jedoch in Paris. Das Volk stand in langen Reihen vor den Bäckereien, aber es fehlte an Mehl. Die ganze Unhaltbarkeit der Agrarwirtschaft des alten Regimes zeigte sich noch einmal aufs furchtbarste vor dem Zusammenbruch. Wieder wurde das Brot zum Schlachtruf, nicht die Freiheit. Als die Frauen am 5. Oktober nach Versailles zogen, brachen sie vor Hunger zusammen und verlangten nur Brot. Die 48 Sektionen von Paris, die eine so große Rolle in der Revolution spielen sollten, nahmen auch die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln in die Hand. Schon 1790 schuf die Kommune Unterstützungswerkstätten und verwirklichte damit praktisch das Recht auf Arbeit. Sie rüstete die Revolutionsarmee mit allem Bedarf aus, organisierte die Zufuhr und den Verkauf von Brot, regelte die Preise der Lebensmittel und ging sogar daran, die Brachfelder um Paris für Gemüsekultur auszunutzen. Nicht zum wenigsten auf dieser sozialpolitischen und rein wirtschaftlichen Initiative beruhte der gewaltige Einfluß der revolutionären Sektionen, die dadurch das Proletariat, d. h. die kämpfende Masse, hinter sich brachten.

Freilich gab es auch Rückschläge. So wurden die Kommune von Paris und die Stadtverwaltungen von Lyon, Rouen, Nancy usw. 1791 vom Volke gedrängt, das immer noch zu teure Korn zum Selbstkostenpreise zu liefern und den Händlern feste Preise vorzuschreiben; aber die bürgerlichen Machthaber ließen das Volk niederknallen, denn schon war die reaktionäre Bewegung im vollen Gange. Das enttäuschte Volk begann sich von der Revolution zurückzuziehen, und die Königin konnte am 31. Oktober 1791 mit Recht schreiben, das Volk lese keine Zeitungen mehr, nur Brot und Dekrete fänden sein Interesse. (Der König wollte nämlich die gegen Priester und Emigranten gerichteten Beschlüsse der Nationalversammlung nicht unterzeichnen.)

Natürlich fehlte es auch nicht an Bemühungen, die Löhne zu erhöhen. 1791 verlangten eine Anzahl Buchdrucker und Zimmerleute einen Tagelohn von 50 Sous, worauf die Stadtverwaltung bei der Nationalversammlung einen Beschluß durchsetzte, der alle gewerkschaftlichen Bestrebungen verbot. Der reinbürgerliche, proletarierfeindliche Charakter der großen Revolution offenbart sich ja überhaupt in dem Bestreben, alle gewerkschaftlichen Tendenzen im Keime zu ersticken.

Es kam das Jahr 1792, und die Hungersnot wollte nicht weichen. In Etampes wurde der Bürgermeister, der, wie es anderwärts auch geschah, die aufständischen Bauern standrechtlich erschießen ließ, mit Spießen getötet. Zwar fiel die Ernte, außer für Gerste und Hafer, gut aus, und der Export war verboten; aber wieder bildeten sich vor den Läden lange Reihen von Menschen, die ganze Nächte hindurch warteten und endlich doch abziehen mußten, ohne einen Bissen Brot zu bekommen. Die Bedürfnisse des Krieges hatten den Mangel noch erhöht. Eine Million der kräftigsten Männer stand im Felde. Eine halbe Million Zugtiere wurden für den Krieg gebraucht und also der Landwirtschaft entzogen. Außerdem benutzten die Intendanten der Heere ihre Stellungen zu schamloser Räuberei in Form von Getreidespekulationen. Das Pfund Brot wurde jetzt mit sieben Sous bezahlt (28 Pfennig nach damaligem Geldwert). Aber die Girondisten fanden es unverschämt, daß die Arbeiter zu murren wagten und immer wieder eine Festsetzung des Brotpreises verlangten, und Herr Brissot, der Führer dieser kapitalistischen Republikaner, schrieb, die Ruhestörer seien zwar vor der Erstürmung der Tuilerien wahre Revolutionäre gewesen („denn man mußte die Ruhe stören, um die Republik herbeizuführen“), aber heute seien die Ruhestörer nur Gegenrevolutionäre und Volksfeinde: „Denn das Volk ist heute Herr .... Was hat es noch zu wünschen? Nur die Ruhe im Innern, weil nur die Ruhe dem Besitzenden seinen Besitz, dem Arbeiter seine Arbeit, dem Armen das tägliche Brot und jedermann den Genuß der Freiheit ermöglicht.“ So wurde das Verlangen nach dem Maximum, d. h. nach der Festsetzung von Höchstpreisen für die Hauptlebensmittel, eine der Hauptfragen in dem Kampfe zwischen Gironde und Bergpartei, der am 31. Mai 1793 zum Sturze der Gironde führte.

Als nach der Hinrichtung des Königs die erhoffte Besserung der wirtschaftlichen Lage natürlich nicht eintrat, bemächtigte sich der Volksmassen die ärgste Verzweiflung. Zwar hatte die Pariser Kommune beim Konvent die nötigen Mittel durchgesetzt, um den Brotpreis auf 3 Sous halten zu können, aber man sah nur zu deutlich, daß die Spekulanten, die Schieber, von denen die Kommune das Mehl kaufen mußte, immer noch auf Kosten der Allgemeinheit riesige Geschäfte machten, und daß der billigere Brotpreis die Menge des Vorrats nicht vergrößerte. Es kam wieder zu Aufständen und Plünderungen, so z. B. am 25. Februar. Zufällig erschien am selben Tage, aber erst nach den Ausschreitungen, in Marats Zeitung ein heftiger Artikel, in dem geradezu gesagt wurde, „die Plünderung einiger Magazine, an deren Türen man die Spekulanten aufknüpfte, würde den Gaunereien rasch ein Ende bereiten“. Dieses Zusammentreffen wurde natürlich von den Reaktionären ausgeschlachtet, aber die Zeiten hatten sich geändert, und der Konvent erhöhte sogar die Summe für Kornaufkäufe von 4 auf 7 Millionen, um den Brotpreis auf 3 Sous zu halten. Aber mit dem Vorschreiten des Winters wurde die Beschaffung von Brot immer schwieriger, und die Kommune beschloß die Erhebung einer progressiven Einkommensteuer. Bis 1500 Livres (ein Livre = 2½ Francs) war das Einkommen frei, desgleichen für jedes weitere Familienmitglied weitere 1000 Livres. Das darüber hinausgehende „Ueberflüssige“ wurde mit 30 Livres für 2000, 50 für 3000 usw. besteuert, bis hinauf zu 20 000 für 50 000 Livres. Dieser Aderlaß der ganz Reichen entfachte die Wut und den Widerstand der Gironde, zumal auch der Konvent am 20. Mai 1793 beschloß, auf ähnliche Weise eine Zwangsanleihe von einer Milliarde bei den Besitzenden aufzunehmen. Die Opposition der Gironde wurde ihr verhängnisvoll, das ausgehungerte Volk fegte sie hinweg, und am 3. Juni hielt Marat im Jakobinerklub eine Rede, in der er sagte: „Wir wollen, daß alle Bürger, die man als Sansculotten bezeichnet, in den Genuß des Glücks und des Wohlstandes gelangen. Wir wollen, daß dieser nützlichen Klasse von den Reichen gemäß ihren Kräften geholfen werde. Das Eigentum wollen wir nicht antasten. Aber welches Eigentum ist denn am heiligsten? Das der Existenz! Wir wollen, daß dieses Eigentum respektiert werde!“ (Schluß folgt)

Fordert für Schlesien den Kongreß der Betriebsräte!

Arbeiter, Angestellte, Bauern und Beamte.

Das deutsche Proletariat befindet sich vor einer ungeheueren Verschärfung seiner Notlage.

Alles wird teurer.

Der Hauswirt steigert aufs neue die M i e t e n. Die Preise für S c h m a l z und B u t t e r sind in letzter Zeit ganz gewaltig gestiegen. Die M i l c h ist jetzt so teuer, daß arme Proletarierfrauen sie ihren Kindern gar nicht kaufen können. K a r t o f f e l n sind ebenfalls in allerletzter Zeit im Preis gestiegen.

Und jetzt gehen die Großagrarier dazu über, auch das B r o t g e t r e i d e um ein vielfaches zu verteuern. Sie fordern den f r e i e n H a n d e l. Sie fordern W e l t m a r k t p r e i s e für ihr Getreide. Der Ernährungsminister Dr. Hermes hat eine fünfzigprozentige Preiserhöhung angekündigt. Wer reichlich Geld hat, wird sich auch in Zukunft Brot und Mehl im freien Handel kaufen können, so viel er will.

Die Lohnarbeiter aber stehen vor einer Hungersnot.

Man wird ihnen die Brotrationen kürzen und sie werden noch mehr hungern müssen als bisher. Jetzt erhält eine Familie von 4 Köpfen auf Marken in der Woche etwa 16 Pfund Brot. Dafür zahlt sie 956,80 M. für das Jahr.

Wenn das Brot jetzt teurer wird und nur noch 2½ Pfund Brot auf den Kopf kommt, muß dieselbe Familie für das verringerte Quantum im Jahre 1040 Mark bezahlen. Das bedeutet eine ungeheure Belastung jeder Arbeiter- oder Beamtenfamilie. Wollen die einzelnen nicht noch mehr hungern als bisher, so werden sie sich noch markenfreies Brot dazu kaufen müssen. Sie werden also für das gleiche Quantum wie bisher jetzt

2248 Mark im Jahre

ausgeben müssen. Das sind also 1291,20 Mark mehr als bisher.

Woher soll ein Arbeiter oder ein Angestellter diesen Mehrbetrag nehmen? Von den bisherigen geringen Löhnen ganz gewiß nicht.

Zu dieser Verteuerung der Lebensmittel kommen neue ungeheuer hohe Steuern.

Diese Steuern treffen zuerst mit aller Wucht die werktätige Bevölkerung.

Die Z u c k e r s t e u e r wird von 14 Mark pro Zentner auf 100 Mark erhöht. Diese erhöhte Zuckersteuer wird natürlich auf die Konsumenten abgewälzt. Ein Pfund Zucker wird also in Zukunft 28 Mark kosten. B r a n n t w e i n und S ü ß s t o f f werden ebenfalls verteuert. Durch eine allgemeine Erhöhung der V e r b r a u c h s s t e u e r wird ganz besonders der Arbeiter, der Beamte, der kleine Gewerbetreibende getroffen. V e r v i e r f a c h t oder v e r d o p p e l t werden in Zukunft das B i e r, die S t r e i c h h ö l z e r, G a s und e l e k t r i s c h e s L i c h t, R a u c h-, K a u- und S c h n u p f t a b a k und natürlich die K o h l e n. Zölle für K a f f e e, Tee, Kakao und Schokolade werden auch erhöht. Der kranke Proletarier wird sich also auch diese Stärkungsmittel in Zukunft verkneifen müssen. Eine Erhöhung der U m s a t z s t e u e r wird kleine Handelsleute ruinieren. Große Geschäfte werden alles von sich auf die Konsumenten abwälzen.

Diese kommende Teuerung ist die Folge des Vertrags von Versailles. Die deutsche Bourgeoisie ist mit den Ententekapitalisten einen Frieden eingegangen, dessen Lasten sie jetzt insgesamt gedenkt, auf die Schultern des Proletariats zu wälzen.

Die Bourgeoisie will keine Opfer bringen.

Das so schon verhungerte und ausgemergelte deutsche Proletariat soll die deutschen und nun auch noch die Ententekapitalisten mästen.

Gegen diese Raubtiergelüste des Kapitals muß sich das Proletariat zur Wehr setzen.

Es genügt nicht, nur gegen die Versuche des Lohnabbaus zu protestieren, nein, das Proletariat in seiner Gesamtheit muß zusammenstehen und fordern, daß auch

die Löhne und Gehälter auf die Höhe der Weltlöhne gebracht werden müssen.

Jetzt in dieser gemeinsamen Stunde der Not müssen sich alle Arbeiter und Angestellte zusammenfinden und nach Mitteln und Wegen suchen, um die Angriffe des Kapitalismus abzuschlagen.

Selbst die „Volkswacht“ fordert den Weltmarktspreisen angepaßte Weltmarktslöhne.

Und das ist recht so. In diesem heißen Kampf um die Existenz, der dem Proletariat jetzt bevorsteht, müssen alle Arbeiter einer Meinung sein.

Man komme den Arbeitern jetzt nicht mehr mit der billigen Phrase, Rücksicht zu nehmen auf die zerrüttete Finanzwirtschaft und auf die so notwendige Wiederaufbauarbeiten. Arbeiter und Angestellte haben bis jetzt still genug gehalten, haben genug Opfer gebracht.

Jetzt soll die Bourgeoisie endlich mal Opfer bringen!

Das Proletariat will nicht noch tiefer in Not und Elend sinken. Tausende von Beamten und Angestellten können sich nur noch durch Schuldenmachen über Wasser halten. Tausende von Arbeiterfamilien stecken in den elendesten Verhältnissen.

Jetzt ist's genug!

Ueberall müssen Arbeiter, Angestellte und Beamte zur kommenden Teuerung Stellung nehmen. Die B e t r i e b s r ä t e aller Parteien müssen die nötigen Vorbereitungen treffen zur Einleitung von Abwehrmaßnahmen. Der Kampf gegen die Teuerung muß aufgenommen werden.

Für Schlesien muß sofort ein Betriebsrätekongreß einberufen werden.

Es muß sofort gehandelt werden. In geschlossener Front muß das Proletariat dem Unternehmertum gegenübertreten.

Schafft die Einheitsfront gegen die Not— das ist das Gebot der Stunde.

Breslauer Nachrichten

Chauvinistenrummel.

Am Freitag hatten alle Parteien zu einer Massendemonstration für Verbleiben Oberschlesiens bei Deutschland eingeladen. Es waren nicht mehr Leute erschienen als bei der „Nie wieder Krieg“-Kundgebung der Sozialdemokraten. Und uns schien, viele Gesichter waren dieselben. Auch der „Geist“, den die Redner verzapften. Ein Appell an die Einigkeit des „deutschen Volkes aller Schichten“, um Oberschlesien weiter der Ausbeutung der deutschen Kapitalisten zu überantworten. Besonders hatten sich die teutschen Redner die Schuldenwirtschaft der polnischen Junkerrepublik vorgeknöpft. Selbst der „Jude Heine“ mußte mit seinem Waschlapsky vorhalten. Dabei vergessen diese Helden ganz das Elend, in dem sich Deutschland befindet und das mit jedem Monat schlimmer wird.

Bei einem ausgebrachten Hoch auf das deutsche Vaterland machte ein Arbeiter eine mißliebige Bemerkung. Da konnte man die „kochende deutsche Volksseele“ so recht beobachten. Wild gewordene Spießer, die den ganzen Platz voll polnischer Spione sahen und leider auch viel verführte Arbeiter stürzten sich auf den Störenfried. Selbst die Sipo steckte die schwersten Beleidigungen ein, als sie den „Spion“ in Haft nahm.

Der Herr Liebermann, der nach uns gewordenen Mitteilungen doch „die Hosen anhat“, hätte diese musterhafte Ordnung sehen sollen. Vielleicht hätte er dann auch diese Demonstration verboten.

Aber treu-deutsche Gesinnung erlaubt, daß sich auch einmal der furor teutonicus austoben kann.

Wenn aber die Kommunisten die Graupe stürmen —?

Erwerbslosenfürsorge.

Breslau hat den traurigen Ruhm, eine Stadtverwaltung mit sozialdemokratischer Mehrheit zu haben. Was diese sozialdemokratischen Stadtväter schon alles getan haben, um das Elend der arbeitenden Bevölkerung nicht zu lindern, haben wir schon oft auseinandergesetzt.

Wir erinnern nur an die Einrichtung des städtischen Lohnamtes; daran, daß in Breslau die elendesten Wohnungsverhältnisse wohl von ganz Deutschland sind. Die korrupte Wirtschaft auch nur einigermaßen in geordnete Bahnen zu lenken, fühlen sich die Sozialdemokraten außerstande.

Breslau, eine Stadt mit über 500 000 Einwohnern, hat prozentual die meisten Erwerbslosen. Diese Erwerbslosen werden unterstützt, weil eine sozialdemokratische Mehrheit auf dem Rathause sitzt, nach den Sätzen der Ortsklasse B. In vielen anderen, bedeutend kleineren Städten, Stuttgart, Mannheim, Düsseldorf usw., wird nicht nur Unterstützung gegeben nach Ortsklasse A, sondern es sind auch wiederholt Sonderbeihilfen gewährt worden.

In Breslau geht die Erwerbslosenfürsorge in der rigorosesten Weise vor, wenn es gilt, irgendeinem die Unterstützung zu entziehen, nicht zu gewähren oder Strafmaßnahmen zu verhängen.

Der übergroße Teil der Breslauer Erwerbslosen erhält keine Unterstützung, wird also mit Duldung der Sozialdemokratie dem Elend, dem Verbrechen preisgegeben.

E i n b e s o n d e r s k r a s s e r F a l l liegt uns heute vor: Ein Arbeiter, der im Jahre 1920 vom Januar bis Anfang Dezember erwerbslos war, hatte verschwiegen, daß seine Frau für Zeitungsaustragen ein paar Groschen verdient. Auf Grund des nicht angegebenen Monatsverdienstes von 80 Mark wurde dem Arbeiter für 5 Wochen die Unterstützung entzogen.

Aber nicht genug damit. Das Arbeitsamt führt ein Vorstrafenregister, schlimmer als zu Wilhelms Zeiten. Der Arbeiter ist seit dem 23. Juli wieder arbeitslos. Jetzt nach 3 Wochen erhält er folgenden Bescheid:

Es sind — — bewilligt worden. Dieselbe wird Ihnen aber erst ab 22. August 1921 gewährt, weil Sie bei früheren Anträgen den Verdienst Ihrer Ehefrau verschwiegen haben. Die Zeit vom 23. Juli bis 22. August 1921 errechnet sich wie folgt: 1. Woche gesetzliche Wartezeit, 3 Wochen als Strafmaßnahmen für den oben genannten Verstoß gegen die Bestimmungen der Erwerbslosen-Fürsorge-Ordnung (welcher im Juli 1920 vorgekommen ist. D. Red.) An Zulage wird usw.

Auf Anordnung: Bietig.

Es bedeutet wahrhaftig den Gipfel der — Unfähigkeit, sich in die wirtschaftlichen Verhältnisse eines Arbeiters hineinzufühlen, wenn man ein solches Schriftstück verfaßt. 5 Wochen mußte der Arbeiter hungern, weil er einen Verdienst von 80 Mark nicht angegeben hatte. Jetzt muß der Arbeiter noch weitere 3 Wochen hungern, wegen eines Vergehens, das 9 Monate zurückliegt. Fürwahr, so brutal, allen sozialen Empfindens bar, geht nicht einmal die weiße Justiz vor. Es bleibt der Breslauer Erwerbslosenfürsorge, die unter dem Einfluß der Kontrolle sozialdemokratischer Stadtväter steht, vorbehalten, Strafbestimmungen zu konstruieren, die durch kein „bürgerliches“ Parlament erlassen sind, die jedem proletarischen, sozialem, ja „bürgerlich anständigen“ Empfinden Hohn sprechen.

Wo stehen die schlesischen Metallarbeiter?

Nach dem Abschluß der Wahl der Delegierten zum Verbandstag des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Jena, teilt die „Volkswacht“ das Ergebnis mit:

Nachdem auch in Oberschlesien die Wahlen zum Verbandstag der Metallarbeiter ihre Erledigung gefunden haben, liegt das Gesamtresultat für Schlesien vor. Es sind gewählt: Richtung SPD. 26, USP. 7 und KPD. 5 Delegierte.

Die abgegebenen Stimmen für Amsterdam betragen 3940, die für Moskau 2397.

Wir Kommunisten können immerhin zufrieden sein mit dem Ergebnis, wenn wir auch hier wieder die Notwendigkeit intensiver Arbeit zur Revolutionierung der Gewerkschaften sehen.

Wie die „Demokratie“ von den jetzigen Machthabern des Metallarbeiterverbandes ausgelegt und angewandt wird, sehen wir daran, daß ein SPD.- und USPD.-Delegierter 271 Stimmen vertritt, während die kommunistischen Delegierten je 479 Stimmen vertreten.

Bezeichnend ist ferner, daß von den vielen Zehntausenden von Mitgliedern, dank der passiven, die Mitglieder nicht heranziehenden Arbeit der Bürokraten, nur etwas mehr als Elftausend von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht haben.

Wenn man weiter feststellt, daß der ganze Apparat in Schlesien in den Händen der SPD.-Bürokraten liegt, können wir die 2397 Stimmen als einen Erfolg buchen.

Aus dem Waldenburger Revier.

Boykott sämtlicher Gastwirtsbetriebe!

Der Streik im Schlesischen Hof in Bad Salzbrunn geht ungeschwächt weiter. Da die Organisation der Gastwirte auch gestern wieder Tarifverhandlungen mit der freien Gewerkschaft ablehnte, tritt der Beschluß des Gewerkschaftskartells in Kraft.

Sämtliche Gastwirtschaften, Cafés usw. sind unbedingt während der Dauer des Kampfes zu meiden. Vergnügungen sind aufzuschieben, d r i n g e n d notwendige Versammlungen müssen ohne Entnahme von Getränken, Speisen oder Rauchwaren abgehalten werden. Bei Lokalverweigerung werden dringende Versammlungen in den Betrieben, Schulen, Turnhallen oder z. B. im Jugendheim abgehalten.

Arbeiter, Angestellte und Beamte! Uebt Solidarität! Es handelt sich um Anerkennung der Gewerkschaften!

Unterstützt Eure kämpfenden Klassengenossen!

O r t s a u s s c h u ß d e s A D G B. (Gewerkschaftskartell).
A f a - K a r t e l l.

Aus der Provinz

Schmiedeberg i. Riesengebirge.

In der Angelegenheit des Gewerkschaftssekretärs K r e t s c h m a n n wird uns noch mitgeteilt, daß sich 100 Zeugen zur Verfügung gestellt haben, die bestätigen können, daß K. den Genossen Langer als einen ehrlosen Lumpen bezeichnet und t ä t l i c h a n g e g r i f f e n hat. K. hat weiterhin erklärt, daß e r dafür sorgen werde, daß in Zukunft kein Kommunist wieder als Betriebsrat gewählt werde.

Wie uns noch weiter mitgeteilt wird, soll ebenfalls feststehen, daß H a r n e c k e r, um eine Hochzeit nach bürgerlichem Muster veranstalten zu können, sich die dazu nötigen Mittel von seinem Unternehmer geliehen hat. Und das, obwohl er Vorsitzender einer Ortsgruppe der SPD. und Betriebsratsmitglied ist und damit in eine recht unangenehme Abhängigkeit von Unternehmern geraten ist.

(Mit diesen Feststellungen, hoffen wir, wird sich die Angelegenheit erledigt haben. D. Red.)

Liebau-Dittersbach. In der Nacht zum Sonntag brannte die Wirtschaft von Josef Schmidt vollständig nieder. Das Feuer, verursacht durch Funkenauswurf der Lokomotive, vernichtete das gesamte Mobilar, Wagen, landwirtschaftliche Geräte und die bis jetzt eingebrachte Ernte.

Verantwortlicher Redakteur: R i c h a r d J a n u s, Berlin. Verlag Sozialistischer Verlag, e. G. m. b. H., Breslau. Druck: Friedrichstadt-Druckerei, G. m. b. H., Berlin SW 48.

Trikotagen

500 Stück graue Männer-Trikot-Arbeits-Hemden Stk. 21.00

Messow & Waldschmidt G.m.b.H. Schmiedebrücke

500 Paar graue Männer-Trikot-Unterhosen, in guter, solider Strapazierqualität Paar 9.50

Waschstoff-Reste

Sämtliche in den letzten Monaten sich angehäuften Waschstoff-Resten und anderen Resten, wie z. B. Musseline, Voil, Zephir, Perkal, Rips-Piqué, Züchen, Inlett, Bettkattune, Hemdenbarchend etc. in

3 großen Verkaufs-Serien

Serie 1 . . . jedes Meter Mk. 7.50
Serie 2 . . . jedes Meter Mk. 11.00
Serie 3 . . . jedes Meter Mk. 14.50

Restbestände in Schuhwaren

Nur in den angegebenen Größen und Ausführungen vorrätig.

Restbestand Segeltuch-Kinderschnürstiefelchen mit durchgenähter Leder- oder Chromledersohle, nur vorrätig in Größe 24, 25, 26, Paar durchweg 9,50

Restposten weiße Segeltuch-Turnschuhe, nur vorrätig in den Größen 23, 24 – 14,50; 31, 32 – 17,50; 39 – 22,50

Restbestand Kindersegeltuch-Turnschuhe mit durchgenähter Ledersohle in braun u. grau, nur Größe 23, 24, 25, 26, 27, Paar durchweg 16,50

Restposten graue Segeltuch-Turnschnürschuhe mit durchgenähter Ledersohle oder Chromledersohle, nur Größe 37 bis 42, Paar 24,50

Restposten schwarze Kleinkinderstiefelchen mit Ia Ledesohle und Absatzfleck, nur Größe 24 und 25, Paar 14,50.